



Solidarität

Organ des Verbandes der graphischen Hilfsarbeiter und -arbeiterinnen Deutschlands.

Erscheint wöchentlich Sonnabends. Bezugspreis monatlich 0/30 Goldmark ohne die Bestellgebühr. - Anzeigen: die 3spaltige Petitzeile 0/50 Goldmark, Todes- und Versammlungsanzeigen die Zeile 0/10 Goldmark - Sämtliche Postanstalten nehmen Abonnements an. Nur Postbezug zulässig.

Unser Verband im Jahre 1923.

II.

Oft ist auch in unseren Kreisen der Ruf gefallen, daß die Kraft einer Organisation zum größten Teil abhängig ist von ihrer finanziellen Stärke. Wäre dem so, dann hätte das Jahr 1923 die deutschen Gewerkschaften in einem völlig trostlosen Zustande gesehen. Und doch hat das Jahr 1923 den Gewerkschaften und insbesondere unserer Organisation oftmals Gelegenheiten gegeben, ihre Kraft und Stärke den Unternehmern zu beweisen. Es ist wohl richtig, daß wohlgefüllte Kassen für die Organisationen nützlich und dienlich sind und ihre Aktionsfähigkeit steigern. Das Berichtsjahr hat aber bewiesen, daß die gefüllten Kassen durch den Idealismus und die Opferbereitschaft der Gesamtmittelglieder zu einem großen Teil ersetzt werden können. Berücksichtigt man natürlich dabei werden, daß auch dem Idealismus und der Opferwilligkeit natürliche Grenzen gesetzt sind, und es war und wird bei ferneren Situationen immer Aufgabe der Verbandsleitungen sein, möglichst haushälterisch mit den Kräften der Kollegenchaft umzugehen, denn eine falsche Kalkulation, eine Ueberschätzung dieser Kräfte kann der Allgemeinheit großen Schaden bringen. Wir müssen daher unser Hauptaugenmerk auf die Gestaltung der Kassenverhältnisse richten und nur als Notbehelf die erhöhte Opferwilligkeit (denn Opfer muß jedes Mitglied bei einer Aktion des Verbandes bringen) der Mitgliedschaft in Rechnung stellen.

Hätte die Kollegenchaft unter der furchtbaren Geldentwertung im Berichtsjahre zu leiden, die den Wohlstand innerhalb weniger Tage um die Hälfte und noch mehr entwertete, dann ist die Geldentwertung in der Auswertung auf die Verbandsfinanzen von geradezu katastrophaler Bedeutung gewesen. Die in den Jahrestellen oder Bauen eingegangenen Beiträge kamen erst 4 oder 6 Wochen später in die Hände des Verbandstassierers. Nichts kann diesen Zustand besser bezeichnen als das Wort des Verbandstassierers, daß die Beiträge wie Wuter in der Sonne zerfließen. Besonders traurig wird die Geldentwertung beleuchtet an einem Beispiel aus dem Gau 3. Hier betrugen die Einnahmen für das dritte Quartal 23 522 742 100 Papiermark. Die Abrechnung konnte infolge vieler Arbeit erst im Januar erfolgen. Zu dieser Zeit hatte die gesamte Einnahme des ganzen Quartals noch einen Wert von 2 1/2 Pf. Erst mit dem Ende des Jahres, als die Stabilität erfolgte, konnten wieder normale Verhältnisse eintreten und unsere Finanzgebarung gefunden.

Die Einnahmen und Ausgaben des Verbandes gestalten sich ungefähr folgendermaßen: Den Löwenanteil der Einnahmen stellen, wie immer, die Beiträge. Sie brachten eine Einnahme von 35 721,9 Billionen Mart. An zweiter Stelle stehen die sonstigen Einnahmen in der Höhe von 4453,5 Billionen Mart. Hier mit einbegriffen sind die Unterstützungssummen der ausländischen Bruderverorganisationen. Wir sind insbesondere dem Reichsverein der Desterreichischen Buchdrucker- und Zeitungsarbeiter, dem Desterreichischen Geneseförderbund, dem Verband der Buchdrucker in der Tschechoslowakischen Republik und dem Verein der in Buchdruckereien sowie im Zeitungsgewerbe beschäftigten Hilfsarbeiter und -arbeiterinnen während zum größten Teil verpflichtet. Diese Zeichen internationaler Solidarität bekräftigen uns im Glauben an Internationalismus. An den Einnahmen sind sonst noch Eintrittsgeld, Extrabeiträge, Nachzahlungen und Vorauszahlungen in der Höhe von ungefähr 18390,3 Billionen Papiermark beteiligt. Die Gesamteinnahmen betrugen 58 566,9 Billionen.

Im Gegensatz zum Vorjahre haben im Berichtsjahre die Verwaltungskosten den größten Teil der Ausgaben verschlungen. Ein klares Bild über die Ausgaben zu machen ist unmöglich, da die Beiträge, wie schon einmal angeführt, stark entwertet bei der Hauptkassa einfließen, die laufenden Ausgaben also immer mit entwertetem Gelde bezahlt werden mußten. In der Ausgabenreihe folgt dann die Ausgabe für Agitation usw. An der dritten Stelle steht unsere Verbandszeitung. Die Unterstutzungen, die sonst den erheblichsten

Teil der Ausgaben ausmachen, stehen mit 1776,7 Billionen Mart. erst an vierter Stelle. Als nämlich die Geldentwertung im vierten Quartal des vorigen Jahres ihren Höhepunkt erreicht hatte, mußten die Unterstutzungen im Interesse der Ausgabenverminderung eingestellt werden. Der Kassierer kann seinen Bericht mit einem Kassenbestand von 29 237,3 Billionen Papiermark abschließen. Trotz ihrer Geringsfügigkeit bedeutet diese Summe ein Fundament, auf dem weiter gebaut werden kann.

Die Anzahl der von jedem Mitglied im Berichtsjahr geleisteten Beiträge beträgt 41. Dies bedeutet gegenüber dem Vorjahre (47,2) einen Verlust von 6,2 Wochenbeiträgen. Der Verlust ist wohl hauptsächlich zurückzuführen auf die enorm gestiegene Arbeitslosigkeit. Im ganzen sind von 44 775 Mitgliedern 1 880 071 Beiträge geleistet worden.

Die Mitgliederbewegung des Jahres 1923 ist in der Geschichte unseres Verbandes kein Ruhmesblatt. Wir befinden uns jedoch in fast gleicher Lage wie die übrigen deutschen Gewerkschaften. Die Ereignisse des Jahres (Inflation, reaktionäre Machenschaften der Unternehmer), Störenfriede von innen und außen ent-

gen und politischen Zwistigkeiten von uns gegangen sind, braucht uns nicht bange zu sein. Eine lebhaftige Agitation, verbunden mit der Einkehr geundeter Gedankengänge, wird bald die Lücken wieder füllen.

Soweit die entsprechenden Ziffern vorliegen, sind

männliche	weibliche	auf	Mitglieder	
8 558	18 558	22 116	in Buchdruckereien	
2 170	7 145	9 815	" Steindruckereien	
108	515	678	" Schriftsetzereien	

beschäftigt.

In der vorigen Nummer der „Solidarität“ haben wir bereits die Arbeitslosigkeit im Gewerbe besprochen. Interessant ist es jedoch, die Krankenstatistik zu verfolgen. Am 1. Quartal waren es 12 Proz., im 2. Quartal 9 Proz., im 3. Quartal 7 Proz., im 4. Quartal 6 Proz. unserer Mitglieder, die sich krank meldeten. Die einzelnen Quartale ergaben:

	männl.	Weibch.	Wochen	auf	Wochn.	Wochn.
1. Quart.	1 100	4 115	4 738	19 022	5 028	23 487
2. „	1 119	4 101	3 776	13 920	4 895	18 021
3. „	755	2 787	2 537	11 265	3 292	14 052
4. „	744	5 880	1 381	7 816	2 126	12 648
zus.	3 808	16 883	12 432	51 823	16 240	68 156

Sich steigerte, fiel die Krankheitsziffer. Dieses ist jedoch, wie unser Verbandstassierer richtig bemerkt, nicht auf die Besserung des Gesundheitszustandes unserer Mitglieder zurückzuführen, es war in erster Linie die Furcht vor dem Arbeitsverlust, die die Kollegenchaft zwang, ihre Gesundheit bis zum äußersten aufs Spiel zu setzen.

Im allgemeinen zeigen sich Anfänge einer Besserung. Die vielseitigen Erfahrungen im Berichtsjahr sind Wegweiser, um die Besserung zu unterstützen. Nach dem Grauenjahr 1923 folgt allem Anschein nach ein gesünderes, wenn auch noch von Stürmen und Erschütterungen bedrohtes Jahr. 1923 hat viel Opferbereitschaft, viel Idealismus und eine himmliche Arbeit von der Kollegenchaft, den Verbandsfunktionären und den Gau- und Verbandsvorstandsmitgliedern gefordert. Noch verlangt der Aufbau, der in diesem Jahre geleistet werden muß, Arbeitsbereitschaft und -willigkeit aller.

Die kapitalistische Presse.

In London hat eine internationale Reflamekonferenz stattgefunden. Ihr Zweck war: den Zeitungsanzeigen Reflamen zu machen. Auf der Konferenz wurde der Gedanke hervorgehoben, daß die Verbreitung des Reflamewesens zum Weltfrieden und zur friedlichen Zusammenarbeit der Völker beitragen kann. Diese Behauptung verdient näher untersucht zu werden. Es fällt aus ihr ein Licht auf die Eigenart der Presse des modernen Kapitalismus.

Weltfriede und ausgedehntes Reflamewesen sollen folgendermaßen zusammenhängen: Die Herstellungskosten irgendeiner Nummer einer großen Zeitung sind beträchtlich höher als der Verkaufspreis derselben. Der Fehlbetrag muß aus einer anderen Quelle fließen. So gelangten die Zeitungen in der Regel unter die Botmäßigkeit einer kapitalistischen Gruppe oder eines einzigen kapitalistischen Unternehmers, die ihnen das fehlende Geld zuführen. Dieser Typus der kapitalistischen Zeitungen ist wohlbekannt. In Deutschland sind die Stimmblätter die bekanntesten Beispiele dafür, aber auch das Zeitungswesen anderer Länder kennt seinen Sinnes, von dem es unterhalten wird. Die andere Möglichkeit ist aber, wenn eine Zeitung, dank der in ihr erscheinenden zahlreichen Anzeigen, in der Lage ist, sich selbst zu erhalten. In diesem Falle kann sie unabhängig bleiben. Diese Unabhängigkeit soll ihre friedliche Tendenz verbürgen, da sie nicht als Vorhahn für imperialistische Monopolkapitalinteressen mißbraucht werden kann. Noch mehr aber aus folgendem Grunde: Das Publikum wird mit seinen Annoncen nur eine Zeitung aufsuchen, die sehr verbreitet ist, verbreitet kann aber nur eine Zeitung sein, die die Gunst des Publikums genießt, weshalb die Zeitung gezwungen ist, sich unter die Kontrolle der öffentlichen Meinung zu stellen. Dadurch wird —

Mahnung.

Dem Verband mußt du die Treue halten,
Du gehörst zu ihm und er zu dir,
Such' ihn fest und mächtig zu gestalten,
Damit hilft du ihm und die und mir;
Denn der Bund bist du und du der Bund,
Er muß die und du mußt ihm vertrauen;
Gibst Vertrauen sich dann zu Vertrauen,
Ist dein Streben ehrlich und gesund,
Dann weist du der Zukunft fest erbauen
Wetterfest auf weiterhartem Grund! Zaehs.

fasteten eine lebhaft Propaganda gegen die Gewerkschaften. Der Erfolg steht zwar nicht im Einklang mit den angewendeten Mitteln, aber er ist nicht spurlos an den Gewerkschaften vorübergegangen. Viele verloren das Vertrauen zu ihren Organisationen oder glaubten, ihren Weg ohne Verband besser zu finden. Schon im vierten Quartal des Jahres 1922 setzte der Rückgang des Mitgliederbestandes ein und erreichte im vierten Quartal des Berichtsjahres seinen Höhepunkt. Nachfolgende Tabelle veranschaulicht die Mitgliederbewegung:

Quartal	männl.	weibl.	auf	Verlust
1. 1922	16 182	34 023	50 155	männl. weibl. zusammen
2. 1922	15 794	32 868	48 662	388 1 155 1 493
3. 1922	15 480	31 716	47 146	864 1 152 1 516
4. 1922	14 880	30 065	44 945	550 1 651 2 201
1. 1923	10 998	21 970	32 968	8 882 8 095 11 077
Jahres- durchschn.	14 647	30 128	44 775	5 184 12 063 17 187

Wir hatten somit am Schlusse des Jahres einen Mitgliederbestand von 32 968. Davon waren 21 970 weibliche und 10 998 männliche Mitglieder. Die Kollegen bilden 66 Proz. unserer Mitglieder. Der Gesamtverlust an Mitgliedern beträgt 17 187. Es wäre eine erschreckend große Zahl, wollte man nur die weiter oben angeführten Gründe für den Mitgliederverlust verantwortlich machen. Insbesondere erheischen die Verluste des dritten und vierten Quartals eine andere Begründung. Diese zu finden ist nicht schwer, da sie in unseren Kreisen schon oft diskutiert worden ist. Der große Prozentsatz der Verluste ist zurückzuführen auf die Einstellung des Banknotenbruchs. Im September vorigen Jahres waren noch 54 Privatdruckereien und die Reichsdruckerei mit der Herstellung von Banknoten beschäftigt, heute druckt nur noch die Reichsdruckerei. Auch diese hat ihren Bestand an Wochenschnitern von 11 000 auf 3100 reduzieren müssen. Der Banknotenbruch hat viele Berufsfremde in unser Gewerbe gebracht, daher ist die Abwanderung ein ganz natürlicher Vorgang. Je schneller dieser Prozeß sich abwickelt, desto eher wird die Stabilität in der Mitgliederbewegung eintreten. Um die Mitglieder, die aus Verärgerung oder auf Grund von Verhejungs-

bank des Klammewesens — ein demokratisches Prinzip, das dem Frieden günstig ist und das allgemeine Wohl fördert, in das Zeitungswesen hineingetragen. Soweit der Gedankengang des amerikanischen Friedensfreundes Mr. Filene.

Für jeden Fall ist es zu begrüßen, daß auf einer Weltkonferenz einmal von der Tatsache gesprochen wurde, daß sich die gegenwärtige Presse zum großen Teil im Besitz einzelner kapitalistischer Gruppen oder Großunternehmer befindet und die Sonderinteressen dieser Gruppen verteidigt. Für uns ist dies seit langem wohlbekannt. Aber es ist immerhin wichtig, daß einmal eine nach ihrer Art und Zusammensetzung kapitalistische Weltkonferenz diese offensichtliche Tatsache ausdrückt und damit den wahren Charakter der kapitalistischen Presse feststellt. Es wäre aber noch hinzu zu fügen: Diese Presse vertritt die Geschäftsinteressen ihrer Zuhörer nicht offen, sondern verschleiert und arbeitet unter der Maske des allgemeinen Wohles. Die imperialistischen Machtinteressen werden durch das Aufsteigen nationaler Gefühle vertreten, der wirtschaftlichen und sozialen Reaktion wird aber im Namen des Gedeihens der gesamten Volkswirtschaft das Wort geredet. Der Vergleich dieser Zeitungen mit solchen, die eingeständenermaßen von einer Klasse oder Gruppe gegründet und erhalten werden, um die Ansichten derselben zu vertreten, ist demnach nicht stichhaltig. Solche Zeitungen der Klassen oder Gruppen, mögen sie auch im einzelnen oft viel Unheil stiften, treten klar ans Tageslicht: die öffentliche Meinung kann sich ihnen anschließen oder sie bekämpfen, woraus das Messen der Kräfte entstehen kann. Von der oben erwähnten Presse des Monopolkapitals gilt aber das Gegenteil, da ihre Absichten immer verschleiert sind.

Wie ist es aber um die von Mr. Filene verherrlichten Zeitungen bestellt, die dank der Klammesich aus eigenen Mitteln erhalten können? Ist ihre Unabhängigkeit schon durch diese Tatsache allein gewährleistet? Der Einfachheit halber wollen wir von dem Umstand nicht reden, daß die meisten kapitalistischen Zeitungen auf keine der beiden Einnahmequellen verzichten: weder auf die Zuwendungen des großen Kapitals, noch auf die Einnahmen aus den Inseraten des großen Geschäftspublikums. Bleiben wir beim Falle, wo die Zeitung von einzelnen Kapitalisten in der Tat unabhängig bleiben kann. Da sehen wir aber, daß in der ganzen Welt ein Vertrustungsprozeß der kapitalistischen Presse einsetzt. Die Zeitungen werden in immer weniger Händen vereinigt. Der Zeitungsverleger wird aber dadurch selbst Monopolkapitalist, mit denselben oder ähnlichen Interessen, und mit derselben Gesinnung wie das Monopolkapital in der Industrie selbst. Dieser Trustungsprozeß wird zum Beispiel ebenso gegen ein gerechtes Steuerhelfen antämpfen wie die Großindustrie. Diese Art der Presse muß viele Beser haben, sie muß daher der öffentlichen Meinung des Publikums schmeicheln. Sie muß aber ebenso wie die andere Art der kapitalistischen Presse die Aufmerksamkeit von den sozialen Räden des Volkes ablenken. Dafür stehen ihr folgende Mittel zur Verfügung: Aufpeitschung der nationalen Leidenschaften, die dann, von einer anderen Seite her, ebenso den Krieg herbeiführen wie die imperialistische Presse des Monopolkapitals. Ein anderes Mittel ist aber die systematische Verdummung des Publikums: dem Leser werden Standes- und Schauererzählungen, Kriminalromane, sportliche Sensationen geboten, er wird durch die Darstellung von tausend oberflächlichen Tagesereignissen beläut und für die Erkenntnis seiner wirklichen Interessen sowie für die Erziehung zu einer höheren Menschlichkeit wird ihm keine Zeit und keine Gelegenheit bleiben. Wir können demnach von dieser Art der

kapitalistischen Presse — wenn sie auch in vielen Fragen zweifellos freier und fortschrittlicher sein mag als die imperialistische Presse der Industrie- und Finanzkönige — die Erhaltung des Volkswohls und das Gedeihen des internationalen Zusammenwirkens der Volkswirtschaften nicht erwarten.

Das Bild der klagenden Hände.

(Zum Preisauschreiben zur Bekämpfung der Unfallgefahren.)

Alljährlich büßen Tausende von Arbeitern und Arbeiterinnen bei der Erwerbsarbeit gesunde Gliedmaßen ein, ziehen sich für längere Zeit schmerzhaft Verletzungen zu, verlieren für lange Zeit, unendlich viele für ihr ganzes Leben, ganz oder teilweise ihre Arbeitskraft oder tragen wohl gar den Tod davon.

An den Opfern der Arbeit gehen die Menschen in der Regel adios vorüber. Nur verhältnismäßig wenige denken überhaupt daran, daß das Erwerbsleben Opfer fordert, die die Gesamtheit zu Lasten verpflichten.

Nur manchmal, wenn mit einem Schlage eine größere Anzahl Menschenleben vernichtet werden, wird vorübergehend größeres Interesse geweckt, und es regt sich das öffentliche Gewissen. Zu Lasten, die infam sind, Berufsunfälle zu vermeiden, oder erheblich einzuschränken, schwingt es sich aber nicht auf. Es beruhigt sich meist schon nach kurzer Zeit und glaubt, mit Hergabe von Geld und alten Sachen für die Opfer der Arbeit und ihre Hinterbliebenen genug getan zu haben. Einzelunfälle werden kaum beachtet.

Dabei wird gerade durch sie in jedem Jahre unendlich viel Lebenskraft vernichtet. Im Jahre 1921 sind 500 000 Berufsunfälle gemeldet worden. Davon verliefen 6400 Fälle tödlich, und in 17 000 Fällen war die Folge dauernde Erwerbsunfähigkeit.

Die öffentliche Meinung ist allzu leicht geneigt, den durch Unfälle bei der Arbeit Verletzten oder zu Tode gekommenen Männern und Frauen die Schuld daran zuzuschreiben. Unachtsamkeit und Betrunkenheit bei der Arbeit wird nicht selten als die hauptsächlichste Ursache für Betriebsunfälle angenommen, und wer über die Lebenswege informiert ist, die Unfallverletzte oder Hinterbliebenen von durch Unfall getötete Menschen oftmals gehen müssen, um in den Genuss der schmalen Unfall- oder Hinterbliebenenrente zu gelangen, weiß, eine wie große Rolle diese Gründe bei den Berufsgenossenschaften spielen.

Nun lassen sich in der Tat Unfälle auf Betrunkenheit und Unachtsamkeit zurückführen. Nicht oft und eindringlich genug kann deshalb die Arbeiterschaft zu größter Achtsamkeit ermahnt werden. Ganz besonders notwendig ist es, die jugendlichen Arbeitskräfte auf die Gefahren der Arbeit an Maschinen aufmerksam zu machen. In jedem Jahre verunglücken nämlich jugendliche Arbeitskräfte durch tatsächliche Unachtsamkeiten, ja durch Spielereien, z. B. Schaulen und Fahren auf Treibriemen und durch Betätigungen anderer Art, die nicht zur Arbeit gehören.

Weibliche Arbeitskräfte verunglücken manchmal dadurch, daß sie mit ihren Haaren, mit ihren Röcken, mit offenen Ärmeln, Schürzen, Haarhalsen, Ketten usw. an Maschinenteilen hängen bleiben und in das Getriebe hineingerissen werden. Deswegen ist es durchaus angebracht, auch darauf hinzuweisen, daß die Arbeit an Maschinen zur Beachtung von Vorsichtsmahnahmen in der Kleidung zwingt. Die Unfallgefahren sind für die Verletzten und ihre Angehörigen oftmals so schwerwiegende, daß alles getan werden muß, um Unfälle zu vermeiden.

Es wäre aber unverantwortlich, für eine größere Anzahl Unfälle den Arbeitern und Arbeiterinnen in den Betrieben eine Schuld zuzuschreiben. Wer in Betrieben mit Unfallgefahren gearbeitet hat, der weiß, ein wie großes Unrecht man mit solcher Behauptung den betreffenden Männern und Frauen tut. Wer in Betrieben mit Unfallgefahren gearbeitet hat, kennt auch die Ursachen von Betriebsunfällen und weiß, daß eine sehr große Rolle in dieser Beziehung der Art der Beschäftigung zuzurechnen ist, und daß die Zahl der Unfälle erheblich eingeschränkt werden könnte, wenn die Akkordarbeit an gefährlichen Maschinen verboten werden würde und wenn die Arbeitszeit so bemessen und geregelt wäre, daß keine Übermüdung bei der Arbeit eintritt.

Wie viele Unfälle sind nicht schon dadurch herbeigeführt worden, daß im Akkord arbeitende Männer und Frauen schnell noch einmal zugegriffen haben, um ein verbrauchtes Blatt Papier, ein Stück Metall, Holz usw. zurechtzurücken, ohne die Maschine anzuhalten. Die Maschine anhalten bedeutet ja Einbuße an Verdienst, bedeutet auch, wenn es öfter vorkommt, Entlassung, denn der Betrieb behält ja nur solche Arbeitskräfte, die jede Minute auch richtig ausnutzen. Tausendmal und öfter ist es auch geschehen; alle machen es. Daß damit eine Gefahr verbunden ist, versteht man ja auch allzu leicht bei den sich soundsso oft in der Minute, in der Stunde, am Tage, im Jahre usw. immer wiederholenden, sich immer gleichbleibenden Handgriffen an vielen Maschinen. Wer ständig an die Gefahr denken würde, die die Arbeit mit sich bringt, könnte ja gar nicht an Maschinen arbeiten.

Und doch ist es auch wieder nötig, sich und andere daran zu erinnern, denn an den Folgen von Unfällen trägt die Arbeiterschaft zu schwer.

Die Akkordarbeit, mit ihren in der Regel so niedrigen Stücklöhnen, die, wie die Erfahrungen gezeigt haben, meist noch gekürzt werden, wenn ein den Durchschnittslohn erheblich übersteigender Verdienst in einzelnen Fällen dadurch erzielt worden ist, veranlaßt die Arbeiterschaft auch nicht selten zur Beseitigung von Schutzvorrichtungen. Das ist natürlich nicht gut zu heißen, ist aber zu verstehen. Im Akkord arbeiten heißt eben in der Regel: hasten, soweit dies nur irgend möglich ist.

Deshalb muß es immer wieder gesagt werden: Wer die Unfallgefahren in den Betrieben vermindern will, der muß für die Beseitigung des Akkordsystems eintreten, das die Arbeiterschaft dazu treibt, Leben und Gesundheit nicht zu achten, wenn sie einen Verdienst erzielen will, von dem sie leben kann.

Daß ein langer Arbeitstag die Unfallgefahren erhöht, ist schon oft bewiesen worden. Wiederholt schon ist festgestellt worden, daß die Unfallgefahr bzw. die Zahl der Unfälle steigt mit der Länge des Arbeitstages. Die Beibehaltung bzw. Wiedererringung des Achtfünftages ist deshalb auch zur Bekämpfung der Unfallgefahren nötig.

Wohl kann die Arbeiterschaft daneben auf andere Weise zur Bekämpfung der Unfallgefahren beitragen. Einige Fälle sind in diesem Aufsatz erwähnt worden. Die Betriebsräte sollten sich deshalb den ihnen nach § 86 Nr. 8 und nach § 77 des Betriebsrätegesetzes zugewiesenen Aufgaben mit Ernst und Eifer widmen. Der aussichtsreichste Weg aber ist der über die Lohnfrage und über den Arbeitstag. Das sollte die Arbeiterschaft im Auge behalten.

Durch die Presse ist nun von der Absicht des Präsidiums der Reichsarbeitsverwaltung berichtet worden, durch künstlerische Wandbilder in den Arbeits- und Versammlungsräumen auf die Unfallgefahren hin-

Liebeswerben und Gattenwahl.

In der heutigen Gesellschaft, und schon seit Jahrtausenden, gilt es als Regel, daß der Mann um die Liebe des Weibes wirbt und daß er sich zum Ehebunde die Gattin wählt, die ihm zusagt. Das Weib läßt sich umwerben und läßt sich die Zurückhaltung, es läßt sich heiraten und in die Ehe führen. Das Gegenteil würde den üblichen Brauch und der guten Sitte widersprechen: Ein Weib, das sich einem Manne aufdrängt, das um seine Liebe offen wirbt, das ihm seine Hand zum Ehebunde anbietet, ein solches Weib würde misachtet und als unweiblich gehalten werden. Diese Sitte ist uns so sehr in Fleisch und Blut übergegangen, daß wir meinen, sie sei in der Natur des Mannes und des Weibes begründet, sie entspreche den natürlichen Lebensbedingungen der Menschen. Man will beobachtet haben, daß auch unter den Tieren das Männchen der werdende Teil ist, und man hat daraus geschlossen, es sei ein Naturgesetz, daß dem männlichen Geschlecht die Rolle des Werbers und dem weiblichen Geschlecht die Rolle des Umworbenen zufalle.

Eigentümlicherweise lehrt uns die Forschung, daß diese Auffassung durchaus falsch ist. Dieses sogenannte Naturgesetz gilt nur in einer Gesellschaft, in der die Männer die Macht und das Recht in der Hand haben, die Weiber zu beherrschen, es gilt aber nicht dort, wo die Vorherrschaft der Weiber besteht. In den Weiberstaaten, von denen uns die Geschichte erzählt, beobachten wir das gerade Gegenteil, wir finden eine völlige Umkehrung in bezug auf das Liebes- und Ehegesetz. Hier ist das Weib der werdende Teil, der Mann läßt sich umwerben und heiraten. Aus dem überreichen Material, das diese Behauptung beweist,

wollen wir nur ein wenig herausheben, wobei wir auf das Buch von Dr. M. Bäckung „Die weibliche Eigenart im Männerstaat“ (Karlsruhe, G. Braun'scher Verlag) hinweisen, das in sehr interessanter Weise dieses Thema behandelt.

Das alte Ägypten war zweifellos ein Weiberstaat, in dem die Weiber das Regiment führten. Man hat nun die eigenartige Beobachtung gemacht, daß in den uns überlieferten Liebesliedern der Ägypter fast ausschließlich die Frau als Liebeswerberin auftritt. Die Rollen sind vollständig vertauscht: Die Einladung zum Stehdbilden kommt aus weiblichem Munde, das liebende Weib schildert die körperlichen Vorzüge und Reize des Mannes, den es gewinnen will, es scheut sich sogar nicht, dem Manne mit Wein und anderen Betäubungsmitteln nachzustellen, um ihn einzufangen und sich gefügig zu machen. Auch bei den alten Völkern finden wir diesen Brauch. In den Zeiten der Mutterfamilie scheint das Werben der Weiber um die Männer die Regel gewesen zu sein, erst mit dem Aufkommen des Männerrechts wurde dieses Werben als frivol und sittenlos bezeichnet, während es früher als eine Schamlosigkeit galt, wenn ein Mann einem Weibe seine Liebe erklärte. Es wirkt auf uns komisch, wenn ein Forscher von einem indischen Volkstum erzählt, es sei dort Brauch, daß die Mädchen den Mann anlocken, daß aber der Mann sich ährt und sträubt, daß er sogar vor der Werberin wegläuft und in Tränen ausbricht, wenn er zum Brautheute geführt wird. Bezeichnend ist auch, daß zu allen Zeiten die herrschenden Fürstinnen und die angesehenen Priestervinnen sich ihre Männer selbst gewählt haben und daß sie das Recht hatten, ihren Ehegatten wieder zu

verstoßen, wenn sie selner überdrüssig waren. Wie die Fürsten in einem Männerstaate das Recht hatten, sich mehrere Frauen zu nehmen, so hatten in einem Weiberstaate die Frauen das Recht, sich nach Belieben Männer zu wählen. Die Vielweiberei der Fürsten, die Haremsherrschaft und das Matresenwesen der Fürsten, auch der christlichen, findet ihr Gegenstück in der Vielmännerei der Fürstinnen. In dem männlichen wie dem weiblichen Harem wurde die Treue gefordert, jeder geschlechtliche Verkehr einer Haremsfrau mit einem fremden Manne und eines Haremsmannes mit einer fremden Frau wurde mit dem Tode bestraft, während Besitzer und Besitzerinnen eines Harems die völlige Freiheit des Geschlechtsverkehrs für sich in Anspruch nahmen.

Die Umkehrung der Dinge spiegelt sich auch noch in anderer Beziehung wieder. Während bei uns der Mann von seinem Weibe Gehorham verlangt — „er soll dem Herr sein!“ heißt es in der Bibel — ist in den Weiberstaaten das gerade Gegenteil der Fall. Ein griechischer Schriftsteller Diodorus hebt ausdrücklich hervor, daß bei den alten Ägyptern das Weib über den Mann herrschte und daß beim Abschluß des Ehevertrages der Mann schriftlich erklärte, er wolle seiner Frau in allem gehorchen. Auch im alten Sparta bestand die Herrschaft der Frauen über die Männer. Von zahlreichen Naturvölkern wird uns berichtet, daß die Männer ihren Frauen völlig untertan waren, daß sie von ihnen niemals etwas durch Gewalt erzwingen, sondern daß sie es lediglich durch Bitten und Liebeslösungen zu erreichen suchten. Auf den Ungehorsam der Männer gegen ihre Frauen standen schwere Strafen. Alles dies beweist, daß die Behauptung, dem weiblichen Geschlecht sei der Geist der Unterwürfigkeit

zuweisen, um diese dadurch einzudämmen. Zu diesem Zwecke ist ein Preisauschreiben veranlaßt worden. Zweifellos können solche Wandbilder eine gute Wirkung erzielen, und sicherlich werden die Arbeiterorganisationen die gegebene Anregung unterstützen. Jedes Mittel, das Unfallgefahren eindämmen kann, wird der Arbeiterschaft recht sein, denn die Arbeitskraft ist ja ihr einziges Gut, das keine Rente ihr ersetzen kann. Es gibt in der Erwerbsarbeit der Gefahren und Schädigungen so viele, auch solche mit Folgen ähnlicher Art, wie sie durch Unfälle herbeigeführt werden, die aber noch immer nicht als entschuldigende Berufschädigungen nach der Unfallgesetzgebung angesehen werden. Dazu zählen vor allen Dingen die Gesundheitschädigungen durch gewerbliche Gifte, durch Bleiweiß, Quecksilber, Milzbrand usw. Wenn also versucht werden soll, durch Wandbilder die Unfallgefahren einzudämmen, so wird die Arbeiterschaft diese Bestrebungen, soweit sie kann, unterstützen.

Wer aber von den älteren Gewerkschaftsmitgliedern denkt bei einem wirkungslosen Wandbild zur Bekämpfung von Unfällen im Beruf nicht an „Das Bild der klagenden Hände“, das am Eröffnungstage der Weltausstellung im Jahre 1913 in Leipzig, in dem von den Gewerkschaften errichteten Ausstellungsgelände zu sehen war, und das auf behördliches Geheiß entfernt werden mußte!

Das Bild zeigte die Photographien der verunglückten Hände von an Holzbearbeitungsmaschinen verunglückter Arbeiter. Es war vom Holzarbeiterverband in einer Berliner Versammlung solcher Arbeiter aufgenommen worden, die ihre verunglückten Hände emporgehoben hatten, um durch das Bild ihren Kollegen eine Warnung zu geben und eine Mahnung, für die Befreiung von Unfallgefahren an Holzbearbeitungsmaschinen zu wirken, und die gleiche Mahnung auch an die in Frage kommenden Behörden und an die öffentliche Meinung richten wollten. Das Bild wirkte geradezu ergreifend, und es wäre sicher auf das öffentliche Gewissen nicht ohne Eindruck geblieben. Es mußte aber entfernt werden, um den Staat nicht in Gefahr zu bringen.

„Das Bild der klagenden Hände“ würde sicher auch heute seinen Zweck nicht verfehlen, und es wäre angebracht, dieses Bild und Bilder ähnlicher Art für die gedachte Propaganda zu verwenden. Es dürfte aber auch angebracht sein, durch den Hinweis auf das Schicksal des genannten Bildes der Arbeiterschaft ins Gedächtnis zurückzurufen, mit welchen Mitteln den Gewerkschaften in der Vorkriegszeit die Durchführung von Maßnahmen zur Förderung des Arbeiterschutzes erschwert worden ist.

Gerrud Hanna.

Die Reichsdruckerei im Spiegel der Prinzipalität und der Arbeiterschaft.

II.
Nachdem die unselige Inflationszeit ihr Ende erreicht hatte, wurde das im Stillen hauptsächlich von Arbeitnehmerkreisen aufgeworfene Problem der Umstellung des ungeheuren Produktionsapparats akut. Die Lösung der Frage wurde um so schwieriger, als dem Aufgabenkreis der Reichsdruckerei von vornherein Grenzen gesetzt waren. Dieser umfaßte die Ausführung staatlicher, aller geheimen und geldwerten Druckerarbeiten. Daneben sollte die Reichsdruckerei eine Pflegestätte der graphischen Künste sein. Gestattet ist ihr außerdem noch die Herstellung von Arbeiten, durch

angeordnet, auf einen Irrtum beruht. In den Weiberstaaten hatten die Frauen größere geschlechtliche Freiheiten als die Männer, sie durften sich neben dem legitimen Manne noch Liebhaber und Hausfreunde halten, während die Männer die eheliche Treue wahren mußten. Die in einem solchen außerordentlichen Verhältnisse erzeugten Kinder genossen dieselben Rechte wie die ehelichen, eine Zurücksetzung der unehelichen Kinder gab es in einem Weiberstaate überhaupt nicht. Dementsprechend hatte die vorweltliche Keuschheit eines Mädchens, die unberührte Jungfräulichkeit, keinen Wert, im Gegenteil, bei zahlreichen Völkern stand ein Mädchen, das in die Ehe treten wollte, um so höher im Ansehen, je mehr Männern es bereits seine Gunst geschenkt hatte, was durch die Zahl der Arminge, die ein solches Mädchen trug, angedeutet wurde. Dagegen wurden die jungen Männer in geschlechtlicher Hinsicht sehr streng gehalten, bei manchen Völkerstämmen lebten sie abgesondert in einem Männerhause. Zum Schluß sei noch darauf hingewiesen, daß in den Weiberstaaten der unverheiratete ältere Mann, der „süßen geliebten“ war, eine Gleichzeit des Spottes wurde, wie dies bei uns mit den sogenannten alten Jungfern der Fall ist.

Die Entwicklung von der Mutterfamilie zum Vater- oder Männerrecht hat eine Umwandlung mit sich gebracht in dem Denken, Fühlen und Wollen der Männer und Frauen, sie hat eine Gegenförmlichkeit geschaffen zwischen Mann und Weib, die nicht aus natürlichen, sondern aus sozialen Ursachen entspringt. Die Entwicklung zur Gleichberechtigung und Gleichwertung beider Geschlechter wird diese Gegenförmlichkeit beseitigen und einen gesunden Ausgleich schaffen, der ein harmonisches Zusammenleben ermöglicht.

Georg Raufföcker.

die Kunst und Wissenschaft eine bedeutende Förderung erfahren. Ausdrücklich verboten ist der Reichsdruckerei die Beteiligung an Ausbietungsverfahren (Submissionen) jeder Art und der Wettbewerb mit Privatbetrieben.

Die Umstellung bzw. die Ausnutzung der Reichsdruckerei ist erst dadurch ein Problem geworden, weil die Privatbetriebe den Löwenanteil der Aufträge der staatlichen und behördlichen Stellen für sich gewonnen hatten und nun, auf der einen Seite die Reichsdruckerei stand, die als Staatsbetrieb Staatsaufträge erhalten sollte und andererseits Kräfte vorhanden waren, die der Privatindustrie auch weiterhin diese Aufträge übergeben wollten. Es siegte schließlich die Auffassung, daß die Reichsdruckerei die zuerst bedachte sein muß. Für die Privatindustrie bleiben trotz alledem noch genügenden Aufträge übrig, da es ja kein Geheimnis ist, daß selbst die Reichsdruckerei in ihrer heutigen Größe, alle behördlichen und staatlichen Aufträge nicht bewältigen könnte.

Es ist nun das Ziel der Direktion, möglichst viele Aufträge behördlicherseits zu erhalten. Von Seiten der Buchdruckereibetriebe wird nun der sogenannte Eintritt der Reichsdruckerei in den Wettbewerb mit der Privatindustrie mit einem Sturm der Entrüstung beantwortet.

Sie weisen auf ihre jahrelange Tätigkeit für die Behörden hin und sprechen der Reichsdruckerei das Recht ab, diese Aufträge jetzt zu übernehmen. Wenn man bössartig wäre, könnte man fragen, wer den Prinzipalen ein unverletzbares Recht auf die staatlichen

Internationaler Anti-Kriegstag 1924 am 3. Sonntag im September.

und behördlichen Aufträge gegeben hat, und man könnte diese Bössartigkeit steigern, indem man höflich anfragt, warum denn gegenüber dem Staat der kapitalistische Grundbesitzer vom „freien Spiel der Kräfte“ keine Geltung hat!

Im übrigen handelt es sich nicht um den Eintritt der Reichsdruckerei in einen Wettbewerb mit der Privatindustrie, sondern nach dem, was weiter oben angeführt ist, handelt es sich bei der Lebernahme behördlicher Aufträge um ein der Reichsdruckerei zustehendes Recht. Die Direktion würde ihre Unfähigkeit beweisen, ferner sich einer groben Pflichtverletzung schuldig machen, falls sie ihre Bemühungen, staatliche und behördliche Aufträge zu erhalten, nicht weiter fortsetzt. Auch bei dem zu erweiternden Verlagsunternehmen handelt es sich nur um Rückgewinnung von Geschäftsbereichen, die bisher der Privatindustrie reiche Gewinne gebracht haben. Ueberhaupt handelt es sich bei der von der Privatindustrie eröffneten Kampagne nur um Rettung der verlorengehenden Gewinne. Dieser Streit kann von uns immer nur dahingehend entschieden werden, daß für die Arbeiterschaft die Ausnutzung vorhandener Staatsbetriebe von großer Wichtigkeit ist. Klagt die Privatindustrie darüber, daß ihre Produktionsmittel nicht genügend ausgenutzt werden, dann hat der Staat einen noch triftigeren Grund dazu. Es kann nicht angehen, daß der Allgemeinheit gehörende Produktionsmittel zum Stillstand gebracht werden, also dem Staat und der Volkswirtschaft Schaden bereiten, nur um dem Privatkapital die Profitrate zu erhöhen und die Zinsen des inoffizierten Kapitals zu erhalten.

Von den Prinzipalen wird diesfalsch behauptet, daß die Reichsdruckerei bedeutend teurer arbeitet als die Privatindustrie. Wäre dem so, müßte die Reichsdruckerei als Produktionsstätte verschwinden, denn der deutschen Volkswirtschaft wären derartige Betriebe nur schädlich. Daß dem jedoch nicht so ist, hat eine Zuschrift der Direktion der Reichsdruckerei an die „Zeitschrift“ bewiesen. Auch liegen keine produktionspolitischen Gründe dafür vor. Wie schon oft angeführt, gehört die Reichsdruckerei zu den bestgerüstetsten Betrieben ihrer Art, mit der kein Privatunternehmen infolge allgemeiner technischer Rückständigkeit (die sich erst langsam zu heben beginnt) konkurrieren kann. Das einzige belastende Moment für die Reichsdruckerei ist ihr noch sehr abbaufähiger Beamtenapparat, der hauptsächlich von den höheren Beamten gereinigt werden müßte.

Aus allem diesem ergibt sich, daß die Reichsdruckerei unter den heutigen Staatsbetrieben eine Sonderstellung einnimmt. Der Reichsdruckerei die von ihr benötigten und ihr gebührenden Aufträge zu rauben, bedeutet bei ihrer Stellung und dem ihr investierten der Allgemeinheit gehörenden Kapital, eine volkswirtschaftliche Schädigung. Bei der heutigen Not des Reiches kann die Arbeiterschaft unmöglich dafür eintreten, die Reichsdruckerei auch nur teilweise stillzulegen und der Privatindustrie Aufträge und Gewinne zuzugestehen. Die Reichsdruckerei hat sich zur erweiterten Etappenstation auf dem Wege zur Sozialisierung entwickelt und sie fördern und ausbauen, ist Aufgabe der Arbeiterschaft.

Noch ein paar Worte über die Stellung der Arbeiterschaft in der Reichsdruckerei. Es ist wohl richtig, daß in der Reichsdruckerei sowohl eine besser bezahlte wie auch (bis zum November) besser behandelte Arbeiterschaft zu finden war. Doch auch hier geschehen Zeichen und Wunder. Sich der neuen Zeit im November 1918 anpassende Beamte usw. haben längst den Weg zum Prinzip der „guten alten Zeit“ zurückgefunden, und heute ist noch wenig

von dem erhalten, was einst die Arbeiterschaft befestigt. Ein Paradies ist die Reichsdruckerei nie gewesen, aber immerhin ein Ort, wo das Personal ihr innerliches Verantwortlichkeitsgefühl sprechen lassen konnte, damit Erfolge erzielt, und diese für die Gesamtbelegschaft nutzbar zu machen verstand. Auch das ist richtig, daß die in einem Betrieb zusammengeschweißte Arbeiterschaft ihre Aktionskraft bedeutend steigern kann. Auch bietet der Grobbetrieb bedeutend mehr Möglichkeiten, dem Proletariat in hygienischer und sozialpolitischer Beziehung entgegenzukommen. Auch dieses ist mitbestimmend bei der Beantwortung der Frage, ob Reichsdruckerei oder Privatbetrieb. Auch sind die letzten Hoffnungen noch nicht geschwunden, die die Arbeiterschaft befehlen, im Staate ihren Einfluß wieder zu vernehmen, um dann die Reichsdruckerei dem Ziele entgegenzuführen, das die Arbeiter sich gesetzt haben: „die Staatsbetriebe zu Arbeitsstätten zu machen, in denen die Arbeiterschaft zum Wohle der Gesamtheit, als selbst an dem Wohl Anteilhabende, ihr Tagewerk in Lust und Liebe schafft.“ K.

Hört die Frauen!

Unser Wille zum Frieden muß ebenso stark sein wie unser Wille zum Glück. Der Gedanke muß vor uns Befehl ergreifen, daß nichts Großes und Dauerndes zustandekommen kann, solange das Gelpst des Krieges den Horizont verbunkelt. Wir Mütter, den der Krieg unsere Söhne, unsere Männer, Brüder und Väter raubt, müssen für den Kampf gegen den Krieg die nötige Kraft in unseren Herzen schöpfen. In Versammlungen, auf Konferenzen und Meetings kann der Wille zum Frieden nur manifestiert und nicht erreicht werden, was die Hindernisse aus dem Wege räumt, die sich der Verwirklichung unserer Hoffnung entgegenstellen. Es handelt sich darum, den Kindern Schrecken vor jeglichem Gemebel einzusößen und ihnen einen wirklich internationalen Geist beizubringen.

Wir müssen uns im tagtäglichen Kampfe auf gewerkschaftlichem und politischem Gebiet gegen die einzige große Kriegsursache vereinigen: den Kapitalismus.

Die Idee des Vaterlandes braucht dabei nicht ausgeschlossen, sondern sie muß veredelt werden, und wir müssen zusammen arbeiten, um jenes neue Vaterland zu schaffen, von dem Daurès sagte, „daß es nur durch die Autonomie aller, den Fortschritt der Demokratie und die Gestaltung neuer Probleme durch die aufbauenden Kräfte aller Nationen, d. h. durch die Weiterführung der Idee des Vaterlandes bis zur Idee der Menschheit verwirklicht werden kann.“

Wir Frauen haben als Erzieherinnen die schönste Aufgabe. Laßt sie uns mit Gewissenhaftigkeit und Zuversicht erfüllen!

Hélène Burniaux,

Vorsitzende des Internationalen Arbeiterinnenbundes.

Sich glaube, daß der Weltfrieden nur gesichert werden kann, wenn die Anstrengungen aller Erzieher und Führer aller Länder auf den Kampf gegen die Religion des Patriotismus gerichtet werden. Dadurch, daß wir die kommende Generationen zum Frieden erziehen, erreichen wir, daß sich die ganze Menschheit gegen den Krieg wendet. Vor allem müssen sich die Frauen aller Nationen, die bei der Erziehung des Kindes das entscheidende Wort sprechen, unter allen Lebensumständen an diese gewaltige und bringliche Arbeit machen, damit der Friede als Willensausdruck aller Völker gesichert werde.

Jeanne Chevenard,

Frauenliga für gewerkschaftliche Aktion Frankreich.

Wenn der feindselig erhoffte Bund der Völker so stark sein soll, daß er allen Schwierigkeiten trocken und die ganze Menschheit vereinigen kann, so ist dies nur möglich, wenn seine Mitglieder zur Zusammenarbeit bereit sind, ihre jahrhunderte alten Vorurteile begraben und ihre Konflikte durch Gesetze und nicht durch die Gewalt schlichten.

Alice Henry,

Liga der Gewerkschafterinnen Amerikas.

Nach dem Weltkrieg stehen der Menschheit nur zwei Wege offen, der eine führt zu neuen Kriegen, der andere zur allgemeinen Abrüstung. Ein neuer Weltkrieg kann nichts anderes bedeuten als das Ende unserer Zivilisation. Wer den Weg der allgemeinen Abrüstung gehen will, hat gegen Kapitalismus und Nationalismus und für die Sozialdemokratie zu kämpfen. Auch die Frauen haben sich für den einen oder anderen Weg zu entscheiden.

Es gibt für sie nur den einen Weg: den heiligen Kreuzzug gegen den Krieg! (Eilt euch!) Denn schon werden die Giftgase für den nächsten Krieg hergestellt. Frauen, die ihr in so vielen Ländern die politischen Rechte erobert habt, bedenkt, daß auch ihr jetzt für einen Krieg verantwortlich wäret. Seid euch eures Einflusses auf eure Kinder bewußt, seht nicht länger gedankenlos zu, wie der Jugend Nationalismus und Patriotismus eingepaukt wird. Erzieht eure Kinder zum Haß gegen den Brudermord. „Es gibt nur ein Vaterland: unsere Erde! Es gibt nur eine Nation: die Menschheit!“ Diese Parole eines neuen thüringischen Schullehrbuchs muß uns in der Erziehung unserer Kinder leiten!

M. Wibaut und van Berleken,
Bund sozialdemokratischer Frauen Hollands.

Arbeitslos!

Zweifellost ist der Vorwurf „arbeitslos“ beleidigend, da er sich gegen einen untadeligen Ehemann richtet. Nichtarbeiten zum Zwecke des Erwerbs ist in höheren Kreisen als Kennzeichen der Vornehmheit zu erachten.

(Aus einem Gerichtsurteil.)

Wesh ein wunderliches Vost
Braten, Kochen und Konfekt,
Lustern, importierte, Sekt,
Goldschmuck, funkelnde Brillen,
Blauwachs, Sobel, Brüstler
Kanten,
Prächtige Willen, Beletage,
Dienerschaft und Equipage,
Nachten, Jagden, Schlitten-
fahrten,
Kavelken und Hafarden,
Tingeltangel, Soireen,
Auch Mätresse, wie die Jeen,
Leicht befrüchten alle Launen,
Schlafen süß auf Überdauern,
Morgens neu gestärkt sich
spüren,
Wieder sich zu amüsieren.
Sommers, Winters, Tag und
Nacht
Bedrückt das Leben lastet,
Hei, wie lebt es sich famos:
Arbeitslos!

Nichtarbeiten ist ein Zeichen vertommener Tagesdeie. Wer sich andauernd ergehrter Erwerbstätigkeit erzieht, gehört ins Arbeitshaus. (Aus einem Gerichtsurteil.)

Wesh ein fürchterliches Vost
Hunger wühlt in der Ge-
därmen.
Keine Kohlen sich zu wärmen,
Kleidung dürftig und zer-
schliffen,
Schuldwert brüchig und zer-
rissen,
Obdachlos, kaum eine Kammer,
Tag und Nacht nur Elend,
Sammer.
Harter Strohsack nur zum
Lager,
Körper fleck und knochenbager.
Selbst der Schlaf den Trost
verläßt,
Weil der Wurm der Sorge
nagt
Um die Kinder, um die Frau.
Nicht ein Streifen Himmels,
blau,
Schwarz die Zukunft, hoff-
nungslos:
Arbeitslos!

(A. d. deutsch. Verkehrsband.)

Aus den Zahlstellen.

Berlin. Am 5. August fand im Gewerkschaftshaus die Mitgliederversammlung der Zahlstelle Berlin statt. Kollege Glöth berichtete über den in der vorigen Nummer der „Solidarität“ veröffentlichten neuen Vorschlag im Steindruckgewerbe. Alsdann machte er noch Mitteilung über die Verlängerung des Lohnzins im Buchdruck. Die Versammlung mußte auch Stellung nehmen zur Kündigung des Lohnabkommens. Die Buchdrucker in Berlin hätten bereits Stellung genommen und die Kündigung beabsichtigt. Die Versammlung stimmte dieser Auffassung ebenfalls bei. Glöth gab dann noch den Vorschlag eines neuen Hauslehrers in der Reichsdruckerei bekannt. Nachdem er einige Mißstände vom Arbeitsnachweis bekanntgegeben hatte und Nachricht davon gab, daß die Klagen der Organisation und der Prinzipale am 15. des Monats zurückgezogen sind, schiederte Kollege Glöth die schlechten finanziellen Verhältnisse der Zahlstelle Berlin. Er machte im Namen des Ortsvorsitzenden den Vorschlag, den Ortsbeitrag um 10 Pf. zu erhöhen und den Mitgliedern dafür die „Solidarität“ unentgeltlich zu liefern. Die Zahlstelle könne dadurch auch ihre finanzielle Lage bessern. In der Diskussion gelangten die verschiedensten Ansichten zum Ausdruck. Kollege Glöth gab im Schlusswort einen Vorschlag des OB. bekannt, nach welchem für die ausgefallenen Erwerbstätigen die Krankenversicherung übernommen werden soll. In der Abstimmung wurden die Anträge des Ortsvorsitzenden einstimmig angenommen. Mit dem Hinweis, die erschienenen Jahresberichte abzuholen, schloß Kollege Glöth die Versammlung.

Rundschau.

Das Lohnabkommen im Buchdruckgewerbe gekündigt. Von den vertragsschließenden Arbeiterorganisationen im Buchdruckgewerbe ist das bis zum 29. August verlängerte Lohnabkommen gekündigt worden. Die Verhandlungen werden in kommender Woche stattfinden. Ueber das Ergebnis wird sobald wie möglich berichtet werden.

Stinnes jr. Der Sohn von Hugo Stinnes scheint seinem Vater in der Behandlung seines Personals bedeutend überlegen zu sein. Eine Berliner Zeitung berichtet im Feuilletonstil über ein Vorkommnis aus einem Stinnesischen Betrieb. Herr Edmund Stinnes habe, in Frankfurt am Main weisend, das Bedürfnis sich mit der Redaktion der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ zu unterhalten und ersuchte zu diesem Zwecke eine telephonische Verbindung zu bekommen. Bei der Herbeiführung hoher Herren wird die lange Wartezeit zwischen Anmeldung und Herstellung der Verbindung immer gewisse Erregung verursachen. Von dieser wurde anscheinend auch Herr Edmund Stinnes befallen. Als die Verbindung hergestellt war, wollte es der Teufel, daß sie durch eine Störung unterbrochen wurde. Das brachte Herrn Stinnes junior ganz aus dem Häuschen. Jeder Blick suchte sich einen Mitarbeiter. Auch Herr Edmund Stinnes Erregung mußte abgeleitet werden. Als er endlich mit Berlin sprechen konnte, verfügte er sofort die Entlassung der Telephonistin, die die erste Verbindung im Hause der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ hergestellt hatte. Daß seine Betreuer dem Befehle ihres Herrn folgten, war selbstverständlich.

Die Telephonistin klagte vor dem Berliner Kaufmannsgericht, weil der auf dem Zeugnis angegebene Entlassungsgrund nicht den Tatsachen entspreche. Das Gericht empfahl beiden Parteien, sich über eine Geldsumme und die Wiederbeschäftigung zu einigen. Da durch die Post einwandfrei festgestellt wurde, daß die Telephonistin keinerlei Schuld an der Störung gehabt hatte.

Es ist unglücklich, wie durch Unternehmervillwürk die Menschen beherstet werden. In jedem Zustande können Unternehmer über Arbeit oder Elend ihres Personals verfügen. Beim Herrn Stinnes jr. scheinen die Herrschgäfte besonders ausgeprägt zu sein. Bei seinem weiteren „Wirken“ in der Wirtschaft werden die Arbeiter noch Gelegenheit nehmen müssen, seine brutale Art bedeutend zu mildern. Auch diesem Vater, der so hoch hinaus will, werden die Flügel gekürzt werden.

Hugo Stinnes Beteiligung an der Papier- und Druckindustrie. Wie bekannt, reichen die Füßen des Stinnes-Konzerns in fast alle Gewerbe. Auch das Buchdruckgewerbe ist von den Polypennamen des Stinnes-Konzerns erfasst.

Hugo Stinnes hat zuerst im Jahre 1919 durch den Erwerb der Buchdruckerei Bürgenstein in Berlin und der dieser angegliederten Locherunternehmung am graphischen Gewerbe Interesse genommen. Später kaufte er die Norddeutsche Buchdruckerei und Verlagsanstalt in Berlin. Inzwischen wurde der Zeitungsverlag Schmidt-Dumont gegründet, und in diesem Verlag erscheint die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ und die „Inbultrie- und Handelszeitung“. Die ebenfalls in diesem Verlag erscheinende „Deutsche Warte und Auslandswoche“ stellte vor kurzem ihr Erscheinen ein. 1923 erwarb Stinnes die „Frankfurter Nachrichten“ in Frankfurt a. M. (Firma Holzwarth Nachfolger G. m. b. H.). Dasselbst erscheint seit 1. September 1923 die jüdische Ausgabe der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“.

Auch die für das graphische Gewerbe notwendigen Rohstoffquellen hat der Stinnes-Konzern sich erworben. Um die Rohstoffe in eigenen Werken herzustellen zu können, übernahm Stinnes die beiden Zellulosefabriken in Königsberg sowie die Papierfabriken in Hilgesgessen. In kurzer Zeit gelang es ihm, die Fabriken vollkommen zu modernisieren und auszubauen und ihre Leistungsfähigkeit dadurch bedeutend zu steigern.

In den beiden Tageszeitungen in Berlin und Frankfurt a. M. hat der Stinnes-Konzern bedeutende Mittel zur Beeinflussung der öffentlichen Meinung. Ihre Stellung in Politik und Wirtschaft sind nur den Lebens- und Gewinninteressen des Stinnes-Konzerns angepaßt.

Belegung der Arbeit. Der Deutsche Werkbund hat jetzt in Karlsruhe seine Jahresversammlung gehabt. Ihren Höhepunkt erreichte die Tagung in einem ersten und gut gemeinten Vortrag des bairischen Kultusministers Dr. W. Hellpach über die „Belegung der Arbeit“. Man fühlte auf der Tagung im Sinne Hellpachs, daß etwas geschehen muß, wenn die Arbeit dem Proletariat die Seele nicht völlig ertöten soll. Und doch erkannte man trotz mancher wohl intendierten Reformen nicht den rechten Weg. Man mag die Arbeit zu durchsetzen bestrebt sein, wie man auch will: solange die Arbeit letzten Endes dem Gewinn, dem Kapitalismus gilt, bleibt sie unfruchtbar und fruchtlos. Kapitalismus und Belegung der Arbeit ist und bleibt ein Widerspruch. Zur wahren Durchsetzung der Arbeit gehört die Arbeit für das Ganze und damit die Arbeit für eine sittliche Idee. Und als Weg und Mittel zur Durchsetzung der Arbeit ist der gewerkschaftliche Kampfsatz darum eine sittliche Pflicht.

Organisation heißt Lebensinn. Durch die Tagespresse ging bereits die Nachricht von Prof. Mieles Goldgewinnung aus Quecksilber. In der neuesten Nummer der „Naturwissenschaften“ gibt Prof. Mieles jetzt eine vorläufige Mitteilung, die mit den bisherigen Berichten im wesentlichen übereinstimmt.

Bisher gehörte das Blei zu den Elementen, deren Atome etwas Unheilbares bedeuten. Erst die neuere Physik hat tiefer geforscht und in den sogenannten Atomen eines Elements sehr komplizierte Gebilde gefunden. Das Atom ist danach nichts Einziges, sondern es setzt sich zusammen aus einem Kern, der die „Sonne“ bildet, und aus einem oder mehreren Elektronen, die den Kern als „Planeten“ umkreisen.

So finden wir immer wieder, selbst in den allerlehten Problemen, bestätigt, daß das Wesen des Seins Organisation ist. Nur Zusammenwirken ist Dasein, nur Zusammenstoß Leben und Entwicklung. Und darum ist der organisatorische Kampf im Sinne des Weltensinns, und darum ist das natürliche Ziel des Strebens die Harmonie des Daseins.

Die Sommerhulen des IGB. Die auf Schloß Schönbrunn unter Leitung Rennie Smiths (England) im Juli abgehaltene Sommerhulen des IGB. hat einen äußerst günstigen Verlauf genommen. Es wurden Vorträge in deutscher und englischer Sprache gehalten. Die vom 19. bis 31. August im Rustin College in Djordorf abgetragenen Sommerhulen des IGB. wird voraussichtlich von etwa 40 Schülern besucht werden. Rennie Smith wird ebenfalls die Kursleitung übernehmen und Spencer Miller vom Arbeiterbildungsbureau der Vereinigten Staaten sowie Engelbert Graf, der Bildungsleiter des Deutschen Metallarbeiterverbandes, werden Vorträge halten, die zum Teil auch ins Französische überführt werden. Zahlreiche Teilnehmer der Schule sind als Delegierte der vom 15. bis 17. August in Djordorf stattfindenden Internationalen Arbeiterbildungsbüro-Konferenz beizugehen.

Die Hilfsbereitschaft der amerikanischen Bankiers und Staatsmänner, welche diese jetzt an den Tag legen, ist nicht ihrer Unlegenheit zu zuschreiben. Bis auf die Gruppe der Farmer, welche ihre Produkte nach dem verarmten Europa nicht ausführen konnten, kümmerten sich die neuen Reichen der Welt um die Not Europas recht wenig. Wenn sie jetzt ihr mitfühlendes Herz ertöndet haben, so geschieht dies aus zwei Gründen. Infolge des Abflauens der amerikanischen Hochkonjunktur muß die Ausfuhr der Vereinigten Staaten, deren Betriebe seit dem Krieg eine äußerst erweiterte Leistungsfähigkeit besitzen, gesteigert werden. Hierzu ist aber die Erstarkung der europäischen Konjunktur die unerlässliche Vorbedingung. Deshalb sind sie jetzt bereit, für die Erzielung der Reparationsfrage finanzielle Hilfe zu bieten. Ein weiterer Grund für die zu erwartende Steigerung der amerikanischen Hilfsbereitschaft liegt an dem Ueberfluß an Gold, das aus aller Herren Länder nach Amerika, dem mächtigsten Glaubigerland der Welt, ständig austritt. Dieses Gold liegt entweder unausgenutzt in den Kellern der Banken oder aber kommt in den Umlauf, beziehungsweise dient als Grundlage zur Krediterweiterung. Im ersten Falle erleben die Goldbesitzer große Zinsverluste, im zweiten aber entsteht eine Inflation, welche zur weiteren Senkung des Goldwertes beitragen muß. Diese Lage veranlaßt den geltend gemachten Wirtschaftspolitiker Sir Josua Stamp zur Annahme, daß die Vereinigten Staaten, um ihr überflüssiges Gold loszuwerden, dieses im Ausland anlegen und sich an europäischen Unternehmungen beteiligen müssen. Sir Josua bezuglicht diese Möglichkeit als die wichtigste wirtschaftliche Aufgabe seit dem Kriege.

Ueber die Tätigkeit des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes veröffentlicht das Bundesamtliche seinen Tätigkeitsbericht, der einen vierjährigen Zeitraum von 1920 bis 1924 umfaßt. Der Gewerkschaftsbund zählte 1914 89 000 Mitglieder, 1919 20 Verbände mit 223 588 Mitgliedern, Ende 1923 19 Verbände mit 151 418 Mitgliedern. Die Mitgliederzahl ging also von 1919 bis 1923 um etwa 72 000 zurück. Mehrere Verbände sind infolge der Fusion verschwunden, so die Verbände der Bau-, Holz- und Steinarbeiter, Motoren und Pipen sowie der Zimmerleute, die nun im Schweizer-

rischen Bau- und Holzarbeiterverband vereinigt sind; ferner die Verbände der Bekleidungs- und Leiharbeiter, an deren Stelle der Bekleidungs- und Leiharbeiterverband getreten ist. Verschmolzen aus der Statistik des Gewerkschaftsbundes ist auch der Verband der Heizer und Maschinenisten, den seine gelben Mitglieder unter Mißbrauch unglücklicher Bestimmungen in seinem Statut und nach dem beschiedenen Urteil des Bundesgerichts im durchgeführten Prozeß zum Austritt zwangte, so daß er nun allein auf weiter Flur steht, mochten seine klagenbewußten Mitglieder sehr unzufrieden sind. Neu hinzugekommen sind die Verbände des Choral- und Ballettpersonals, der Postangestellten, des Städtischen Personals, der Telegraphenangestellten sowie der Telefon- und Telegraphenarbeiter. Zum Anschluß an den Gewerkschaftsbund bereit war auch der Schweizerische Holzerwerb, der aber auf Verlangen der Bauarbeiter seine Selbstständigkeit aufgeben sollte, was er ablehnte und worauf er sich der Vereinigung schweizerischer Angestellter anschloß. Im Oktober 1922 kam der Graphische Bund zustande, mit dem Zweck gegenseitiger Hilfeleistung und Förderung. Diese letzte Kartellorganisation ist leider empfindlich beeinträchtigt worden durch Unstimmigkeiten zwischen den Lithographen und Typographen.

Die Annahme des Reichstags für das Lithographie- und Steindruckgewerbe ist durch die Gehilfen und Unternehmer erfolgt. Beide Tarifparteien hatten Irrabstimmung über den Tarif vorbehalten. Sie ergab bei den Gehilfen eine Zweidrittelmajorität für die Annahme des Tarifs.

Die Forderungen der Gastwirte um die Stillhaltung ist auf dem deutschen Gastwirttag in Karlsruhe in einer Weise zum Ausdruck gekommen, daß wir daran nicht achtlos vorbeigehen können. Auf dieser Tagung rückte der als Gast anwesende bairische Minister des Innern die Langzeit und Schlemmerei in der Inflationszeit, worauf ihm der Präsident des Deutschen Gastwirtsverbandes folgendermaßen entgegnete:

„Wir müssen es einmal offen aussprechen: Die Gesehiger sind Verbrecher, die dafür sorgen, daß ein Tanz vorzeitig abgebrochen wird, und die dadurch die jungen Leute in Nacht und Heimlichkeit hinausdrücken, ehe ihre Ermüdung so groß geworden ist, daß sie sofort begeben. Wenn man sie bis 4 und 5 Uhr früh austoben, so gingen sie alsdann wieder an die Arbeit, denn um diese Zeit sieht ein Mädchen nicht mehr so verführerisch aus wie um 12 Uhr nachts. Je weniger sich der Gesehiger um die Fürsorge für moralische Dinge kümmert, um so besser.“

So ist recht! Die Inhaber der Vergnügungs- und Schlemmerlokale werden durch uneingeschränkte Verabreichung von Suf und durch „Stimmung und Humor“ erzeugende Veranstaltungen bis zum frühen Morgen am besten das sittliche Wohl des Volkes fördern und die Arbeitsleistung heben. Also auf zur Hebung der Sittlichkeit in die nächste Langziele.

Abrechnungen.

In der Woche vom 4. bis 9. August haben die Gane 4a (Nürnberg) und 10 (Hamburg) das zweite Quartal abgerechnet.

In derselben Zeit gingen folgende Zahlungen bei der Haupttafel ein:

- Gau 1: Köln 1000 M.
- Gau 2: Frankfurt a. M. 2300 M.
- Gau 3: Stuttgart 300 M.
- Gau 4a: Nürnberg 1550 M.
- Gau 5: Dresden 3300 M.
- Gau 6a: Magdeburg 300 M.
- Gau 9: Hannover 1500 M.
- Gau 10: Hamburg 3402 M.
- Gau 6a: Leipzig 1500 M.
- Gau 8: Berlin 2000 M.

Berlin, den 9. August 1924. H. Lodahl

Literatur.

„Die Gefahren der Gewerkschaften.“ Das Thema dieser Broschüre ist nicht nur aktuell, sondern auch für unsere gesamte Entwicklung von ungeschwinder Bedeutung. Partei und Gewerkschaften haben zu dem Gutachten eine sehr klare Stellung eingenommen, und es wöllten daher allen tätigen Kräften in der Bewegung diese Stellungnahme mitzuteilen und auch auf sie aufmerksam zu machen. Das geschieht durch die vorliegende Broschüre in klarer, übersichtlicher und dabei sehr verständlicher Weise. Die Broschüre ist im Vörs Verlag, Berlin 35, erschienen.

Das erste Heft der neuen wissenschaftlichen Zeitschrift für die Gewerkschaftsbewegung, „Die Arbeit“ (Verlagsgesellschaft des IGB.) ist in den letzten Tagen erschienen.

An dem Einführungsausschuß der Gewerkschaften“ entsendet der Redakteur der „Arbeit“, Robert Grotmann, das Programm der neuen Zeitschrift im Zusammenhang mit der Erweiterung des Aufgabenkreises der Gewerkschaften. Der Vorsitzende des Deutschen Solangeverbands, Fritz Zarnow, bezieht die Veränderungen im Zielbereich der Zeitschrift. Professor Lutz Brentano behandelt die deutschen Gewerkschaften nach dem Verfasser Friedebild. Der Herausgeber der Zeitschrift, Theodor Reibart, leitet ein. Die Stellung der Gewerkschaften in der internationalen Arbeiterbewegung“ und legt die Beziehungen der Gewerkschaften zu den politischen Arbeiterpartei dar. Der Dasein an der Hochschule für Politik, Karl Renneke, untersucht die Kulturbedeutung des Kulturkampfes. Dr. Martin Wagner fordert in einem programmatischen Aufsatz „Gemeinschaftsverbände“ die Schaffung eines wissenschaftlichen Gewerkschaftsverbandes, der die Partei als Gewerkschaften und die Gewerkschaften an einer einheitlichen Kampffront zusammenfaßt.

In der „Rundschau der Arbeit“, die als den Stützpunkten ansetzt, wird der Versuch unternommen, in avangardier Folge aus dem weiten Kreis gewerkschaftlicher Probleme wie der für die Zukunft der Gewerkschaftsbewegung bedeutsamsten wissenschaftlichen, rechtlichen, arbeitswissenschaftlichen und anderen Fragen in der Arbeiterbewegung zu geben, die in großen Zügen die Entwicklung der Gewerkschaftsbewegung und aller ihr überlaufenden wesentlichen Gebiete fortlaufend verfolgen sollen. Der Bezirk der zu behandelnden Fragen ist natürlich ein viel weiterer, als der beschränkte Raum des einzelnen Heftes erlauben läßt.

„Der Vörs“, Sozialistische Rundschau, wöchentlich 0,28 M., vierteljährlich 13 Heft 2,50 M., durch jede Buchhandlung, die Post, wie auch durch den „Vörs“-Verlag, Berlin 35, zu beziehen. Zusendung von Probeheften kostenlos.

Briefkasten.

H. in Berlin. Schönen Dank für die Aufzählung. Der Entschluß ist aber bereits in Nr. 6 behandelt worden. Wenn Ernst... Nach Altkennern. Stinnes kostet 2 M., es sind also noch 80 Pf. nachzuwenden... H. in Kiewitz. Wir freuen uns über den Erfolg. Bis zum 15. August aber die Returen frei.

Verantwortlich für Redaktion: A. C. U. L. G., Charlottenburg, Weescheiderstraße 16. Fernruf: Amt Westend 1268 - Verlag: S. Lodahl, Charlottenburg. - Druck: Formbrüder-Druckerei und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW. 68.